

brechen begonnen. In den meisten Fällen erhielten die Täter leichte Gefängnisstrafen, oder sie wurden einfach in andere Einheiten versetzt. Soweit Bruno, der Desinformant.

Glaubt nun ja nicht, Freunde, daß es sich hier um ein zufälliges Aufstoßen handelt. Erzügen dieser Art sind vorprogrammiert. Wir werden natürlich über die Kotspritzer dieses „Spiegel“-Skriventen keine Polemik führen. Vielleicht können wir ihm sogar noch zusätzliche Informationen erteilen, indem wir ihm einflüstern, daß uns in den Kasernen bereits Kondome zugeteilt wurden, mit denen wir dann jenseits der deutschen Reichsgrenzen erbeutete Frauen schänden konnten. Uns geht es aber mehr um die organisierte Desinformation, bei der Klein-Bruno sich offenbar als giftiger Exponent herausstellt.

Wer heute noch eine objektive Anstrengung erwartet, um die Geschichte des Zweiten Weltkrieges auf eine für alle Beteiligten akzeptable Weise wiederzugeben und sie für die künftigen Generationen wahrheitsgetreu festzulegen, der muß nun wohl als Primitivling abgetan werden. Denn es ist wohl überdeutlich, daß die Pseudohistoriker, die dabei den Ton angeben, wissenschaftlich fundierte Forschung ständig verwechseln mit persönlichem Geltungsbedürfnis und einer vom „vae victis“ geprägten Denkart. Wir sind in Flandern nun mal gesegnet mit einer Reihe von altklugen

Historiographen, einem Sammelsurium von medienstüchtigen Professoren, journalistischen Milchbärten und schizophrenen Haßpredigern, die uns lehren, daß die versöhnende Hand, die den Feinden von gestern gereicht wird, höchstens ein utopisches Wahnbild sein kann. Dies wird noch tagtäglich und krankhaft herausgestellt von allen möglichen – aber durchweg unmöglichen – „Antifaschisten“, die unsere Bildschirme kontaminieren und ihr Gift der Intoleranz und der Gehässigkeit bis in die Schulklassen speien, laut eigenem Klartext Hand in Hand.

Es ist kein Zufall, wenn sie von allen Seiten rechtsradikale Geister auftauchen sehen. Es ist auch kein Zufall, wenn der Mann auf der Straße von Spitzbergen bis Malaga ihnen in die manipulierten Karten schaut, ihre bankrotte Bilanz verschmiert sieht über ein paneuropäisches Netzwerk von Skandalen, Schmiergeldern und überbezahlten Mandaten in vielerlei Parlamenten und Institutionen und er sich ihren nahezu kriminellen Amateurismus ansieht, wenn er seine Tageszeitung aufschlägt über Bosnien, Somalia, Burundi und andere Iraks und Gazastreifen. Sie sind wutentbrannt, weil der Mann auf der Straße sie durchschaut hat und ihnen über den Mund fährt, wenn sie sich in jungfräulicher Unschuld erneut bewerben um ein Mandat.

So verziehen sie sich wieder in den Untergrund für die tagtägliche Maulwurferei, in

der sie so bewandert sind. Während die stüfisant Konservativen sich an ihrer staubigen Vergangenheit weiden und höchstens mal auf den Markt gehen für einen umstrittenen König oder eine vom Schulkrieg bedrohte Kinderseele, gruben die roten Profis ihre Schleichwege bis in die Medien, ins Fernsehen und in die Presse, bis hinein in die neuesten supranationalen Institutionen, in denen die Gemeinschaftsgelder in nie gekannten Mengen zusammengerafft werden können.

Überall haben sie ihre Leutchen untergebracht. An jedem von Gott geschaffenen Tag manövrieren sie zwischen den Linien und verzerren sie die Nachrichten zur größeren Glorie des Systems und seiner Prominenz. So auch das Männlein Bruno Schrep. Es hätte genügt, wenn er sich darauf beschränkt hätte, die physischen und moralischen Leiden von Millionen Frauen als Kriegsverbrechen an den Pranger zu stellen. Er konnte es aber nicht lassen, böswillig die Soldaten der Waffen-SS zu verleumden, die vor fünfzig Jahren dem bolschewistischen Gesindel kompromißlos entgegetreten, während die seinerzeit noch alliierten Freunde sich die Zeit vertrieben mit dem Massenmord an Millionen wehrlosen Bürgern in einem unaufhörlichen Regen von Brisanz-, Brand-, und Phosphorbomben, mit obendrauf noch zwei Atombomben als Zugabe.

Wenzel Slabisch

## Die Kriegsverantwortlichen von 1939

### Was bisher ungewürdigte Dokumente aussagen

Mit Bezug auf eine inszenierte „Kriegsschuld-Diskussion“ stellte dieser Tage die bekannte deutsche Schriftstellerin Edith Bußmann in einer bayerischen Zeitung fest, daß man bei der Suche nach der geschichtlichen Wahrheit nicht bei der bloßen Erfassung offenkundiger Tatsachen stehenbleiben dürfe, sondern auch nach deren Vorgeschichte fragen müsse. Die einst von den NS-Machthabern verfolgte Zeitzeugin wörtlich: „Eindeutig steht fest, daß deutsche Truppen am 1. September 1939 die polnische Grenze überschritten und Kampfhandlungen auf polnischem Boden ausübten. Doch gingen jedem Krieg, auch diesem, diplomatische Verhandlungen, Versprechen, diplomatische Besuche, Konferenzen und Konversationen voraus, über die man danach – nach dem Kriege – nicht mehr sprach.“

Ein Befund, der nicht nur von der oft beflissen übergangenen Diktatoren-Allianz zwischen Hitler und Stalin bestätigt wird, sondern auch in alliierten Politikern wie dem ehemaligen britischen Premierminister

Lloyd George und dem amerikanischen Botschafter Joseph P. Kennedy eindrucksvolle Zeitzeugen hat. Beide führten die Entwicklung zum deutschen Einmarsch in Polen und der britischen Kriegserklärung an Deutschland ursächlich auf die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages von 1919 zurück. Lloyd Georges geheime Denkschrift vom 25. März 1919 und Joseph Kennedys Botschaftstelegramm an Präsident Roosevelt vom 30. September 1939 bezeugen diese Einschätzung, finden sich jedoch in der verbreiteten Geschichtsschreibung kaum gewürdigt.

Ähnlich steht es um die Ereignisse und Vorgänge nach dem 1. September 1939. Nur noch vereinzelte Chronisten notieren die Opfer des sogenannten „Bromberger Blutsonntags“, obwohl sich ihre Zahl zwischen 4.000 und 5.000 Toten bewegte. Ganz zu schweigen von noblen und menschlichen Vorkommnissen während des sogenannten „Polenfeldzuges“ wie die rücksichtsvolle Einnahme der polnischen Wallfahrtsstätte Tschenschostochau und die

militärische Ehrenbezeugung gegenüber Marschall Jozef Pilsudski in Krakau. Auch die ritterlich sich vollziehende Übergabe der polnischen Besatzung von Hela und das gewährte freie Geleit für die in Warschau akkreditierten ausländischen Diplomaten sind den meisten Geschichtsschreibern keinen Hinweis wert, wie die kriegsrechtswidrige Erschießung deutscher Fallschirmjäger als angebliche „Agenten“ und die Bereitstellung von Gelbkreuzminen in Oxhoeft in der Nähe von Gotenhafen gleichfalls Verstöße gegen internationale Vereinbarungen waren.

Fallen diese Begebenheiten bei vielen Geschichtsbetrachtern als „historische Detailfragen, die für die große Linie der geschichtlichen Entwicklung jedoch keine ausschlaggebende Rolle spielen“ aus dem Blickwinkel, gewinnt erst Hitlers Reichstagsgerede vom 6. Oktober 1939 wieder breitere Aufmerksamkeit. Die meisten Historiographen mischen ihren Darstellungen freilich subjektive Deutungen bei und nehmen der ausgesprochenen Anregung,

## TELEGRAM RECEIVED

MA  
This telegram  
must be closely  
paraphrased before  
being communicated  
to anyone. (C - Br)

Delé  
Dated December 22, 1939  
FROM:  
Rec'd 4:06 p.m.

Secretary of State  
Washington

11B, December 22, noon. (SECTION TWO).

FIVE. Germany is willing to enter peace negotiations if the initiative is taken principally by the United States or failing that by Italy and if Britain or France do not beforehand make any conditions, Germany wishing to enter negotiations on the same footing as other states. Germany on its part will not claim an armistice or interruption of blockade as conditions for negotiations. If peace could be obtained Germany is willing to break completely with Russia and even bring about a situation which might allow it to give military support to Finland. Stalin has made so many moves of which Hitler does not approve that there would be a way to find a casus belli. In this case the whole of Poland might be restored as completely independent provided

cd Danzig and the Corridor remain German and Poland can be allowed a new Corridor to the east. Czechoslovakia might also be restored provided Benes be not recalled. Such a peace would be the only possibility for Great Britain to restore Poland without war against a German Russian alliance. Six, Keilhaul states that in Gran's belief Germany is strong enough to resist for a long time so that if peace came now it would spare the world incalculable suffering and would perhaps be the only means of saving Finland and preventing the whole of Scandinavia from being devastated by war. He is of the opinion that this information should receive earnest official American consideration. Seven, Keilhaul emphasized that Gran's mission to Berlin must be kept strictly confidential as the Germans have stated that they will deny that any such information had been given should it be published. *End of Message*

HARRIMAN

SK

den formalen Kriegszustand im Westen nicht zu einer tatsächlichen kriegerischen Auseinandersetzung auf dem Schlachtfeld ausarten zu lassen, weitgehend ihre Ernsthaftigkeit. Im Gegensatz zum früheren britischen Premierminister Lloyd George, der am 10. bzw. 11. Oktober 1939 im „Journal American“ und in der „Sunday Times“ Aufsätze veröffentlicht hatte, in welchen er „die letzte Rede Hitlers als Grundlage einer Friedenskonferenz“ bezeichnete und wörtlich fortfuhr: „Der richtige Krieg zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits hat noch gar nicht begonnen. Alle Völker wünschen aufrichtig die Vermeidung eines neuen Weltkrieges. Eine ablehnende und überstürzte Antwort würde eine Entfremdung der öffentlichen Meinung hervorrufen, statt sie für unsere Sache zu gewinnen“, um dann ganz pragmatisch festzustellen:

„Im (Ersten) Weltkrieg konnte man die Wiederherstellung ganz Belgiens verlangen. Wir können heute jedoch nicht die gleiche Forderung im Hinblick auf Polen erheben. Das würde eine Herausforderung Rußlands bedeuten“.

Eine politische Rücksicht, die auch der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, in seinem Telegramm vom 30. September 1939 an Roosevelt notierte, als er seinem Präsidenten kabelte:

„...Während zu Beginn des Krieges der Schutz der Unabhängigkeit und die Erhal-

tung der territorialen Integrität Polens als unmittelbare Ursache des Krieges und als Grund für den Versuch, Hitler zu stürzen, bezeichnet wurde, wird nun die Wiederherstellung Polens – sicherlich des russischen Polens – sanft, aber sehr brisant ins Dunkel gestoßen...“

Lloyd George und Kennedy wußten, daß Stalin mit dem Einmarsch seiner Roten Armee am 17. September 1939 zunächst nur jene Gebiete Polens besetzte, die bis 1921 Bestandteil Weißrußlands und der Ukraine gewesen waren und erst nach dem polnischen Angriff im Jahre 1920 von diesen beiden nachmaligen Sowjetrepubliken abgetrennt worden waren und dann im deutsch-sowjetischen Vertrag vom 28. September 1939 wieder der Sowjetunion zugesprochen worden sind. Berlin und Moskau haben im übrigen in ihrem Grenzvertrag im großen und ganzen nur jene Grenzlinie wiederhergestellt, die der britische Außenminister Curzon 1919 als polnische Ost- bzw. russische Westgrenze vorgeschlagen hatte, weswegen man allgemein von der „Curzon-Linie“ sprach. Gegen diese Grenze wollte man sich in London verständlicherweise nicht sonderlich stark machen.

Folgerichtig wirft Lloyd George in seinen Zeitungsbeiträgen die Frage auf: „Weshalb also keine Konferenz der wichtigsten Weltmächte vorschlagen, um die Lage zu untersuchen? Hitler scheint einen solchen

Gedanken zu hegen. Rußland kann ihn nicht zurückweisen, um so weniger als es das erste Land gewesen ist, das einen solchen Vorschlag vor einem Monat gemacht hat“.

Er nennt dann eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Konferenz: „Es ist wesentlich, daß die Vereinigten Staaten dazu gebracht werden, die Teilnahme an einer solchen Konferenz anzunehmen“, um schließlich wieder auf die Reichstagsrede Hitlers vom 6. Oktober 1939 zurückzukommen:

„Hitler hat schon einige Diskussionspunkte angeführt, so die Abrüstung, die Kolonien, den polnischen Staat. Wir haben die Freiheit, andere Diskussionspunkte vorzulegen. Nichts kann verloren sein und vieles kann mit Hilfe einer solchen Konferenz gewonnen werden“.

Um es nicht nur bei solchen verbalen Kundgebungen bewenden zu lassen, gründete Lloyd George ein „Komitee für Friedensaktionen“ und hoffte auf entsprechende Resonanz bei der amtierenden Regierung. Diese blieb jedoch bei ihrer erklärten Haltung und sprach der deutschen Führung jede Glaubwürdigkeit ab. Statt von ihrer Forderung nach Rücktritt oder Sturz der Reichsregierung abzulassen, richtete sich die Chamberlain-Administration auf eine Kriegsdauer von rund drei Jahren ein. Das hatte sie bereits am 12. September 1939 in

### TELEGRAM RECEIVED

MA  
This telegram  
must be closely  
paraphrased before  
being communicated  
to anyone. (C - Br)

Oslo  
Dated December 22, 1939  
FROM:  
Rec'd 4:06 p.m.

Secretary of State  
Washington

118, December 22, noon. (SECTION TWO).

FIVE. Germany is willing to enter peace negotiations if the initiative is taken principally by the United States or failing that by Italy and if Britain or France do not beforehand make any conditions, Germany wishing to enter negotiations on the same footing as other states. Germany on its part will not claim an armistice or interruption of blockade as conditions for negotiations. If peace could be obtained Germany is willing to break completely with Russia and even bring about a situation which might allow it to give military support to Finland. Stalin has made so many moves of which Hitler does not approve that there would be a way to find a casus belli. In this case the whole of Poland might be restored as completely independent provid-

ed Danzig and the Corridor remain German and Poland can be allowed a new Corridor to the east. Czechoslovakia might also be restored provided Benes be not recalled. Such a peace would be the only possibility for Great Britain to restore Poland without war against a German Russian alliance. SIX. Keilhaul states that in Gran's belief Germany is strong enough to resist for a long time so that if peace came now it would spare the world incalculable suffering and would perhaps be the only means of saving Finland and preventing the whole of Scandinavia from being devastated by war. He is of the opinion that this information should receive earnest official American consideration. SEVEN. Keilhaul emphasized that Gran's mission to Berlin must be kept strictly confidential as the Germans have stated that they will deny that any such information had been given should it be published. *End of Message*

HARRISMAN

BK

den formalen Kriegszustand im Westen nicht zu einer tatsächlichen kriegerischen Auseinandersetzung auf dem Schlachtfeld

tung der territorialen Integrität Polens als unmittelbare Ursache des Krieges und als Grund für den Versuch, Hitler zu stürzen,

Gedanken zu hegen. Rußland kann ihn nicht zurückweisen, um so weniger als das erste Land gewesen ist, das einen sol-

einer Anweisung an alle Ministerien und Verwaltungsstellen bekannt gegeben. Unterstützung seines beharrlichen Kampfeswillen hatte Premierminister Chamberlain nicht nur von den Staaten des Britischen Commonwealth erhalten, sondern auch vom früheren tschechoslowakischen Staatspräsidenten Benesch. Dieser hatte über den Kopf des amtierenden Tschechischen Präsidenten Dr. Emil Hacha am 5. September 1939 ein Telegramm an Chamberlain gerichtet, in dem es hieß: „Wir tschechischen Bürger betrachten uns als ebenfalls mit der deutschen Armee im Kriege stehend, und wir werden mit Eurem Volke zusammen marschieren, bis zum Endsiege und bis zur Befreiung unseres Vaterlandes.“

Eine „Kriegserklärung“, die ebenso eigenmächtig war wie sie folgenswer für die Tschechen werden konnte, stand doch die deutsche Wehrmacht seit dem 15. März 1939 im Lande und übte Konstantin von Neurath als „Reichsprotector“ die Oberhoheit über Böhmen und Mähren aus. Chamberlain mochte sich auch vier Wochen nach der Friedensanregung Berlins nicht der Ansicht Lloyd Georges nähern, als er aus Moskau sehr harte und entschiedene Worte über Polen hören mußte.

Da hatte sich auf der „5. außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets“ am 31. Oktober 1939 Außenminister Molotow in einer außenpolitischen Rede auch mit Polen und seinem weiteren Schicksal beschäftigt und dabei wörtlich ausgeführt:

„...Zu betonen sind weiter die militärische Niederlage und die Auflösung des Polnischen Staates... Der deutsch-polnische Krieg hat infolge des vollständigen Versagens der polnischen Führung ein rasches Ende genommen. Wie man weiß, bildete die britische und französische Garantie keine Hilfe für Polen... Es kann, wie jedermann einsehen wird, von der Wiederherstellung des alten Polens nicht die Rede sein...“, und die weitere Kampfesbereitschaft der britischen und der französischen Regierung mit den Worten kommentiert:

„...Wenn man heute von den europäischen Großmächten spricht, so befindet sich Deutschland in der Lage eines Staates, der möglichst rasch das Ende des Krieges und den Frieden erstrebt, während England und Frankreich, die sich gestern noch gegen jeden Angriff aussprachen, sich für die Weiterführung des Krieges und gegen den Abschluß des Friedens einsetzen. Die Rollen haben also gewechselt. Die Versicherung der britischen und französischen Regierung zur Rechtfertigung ihrer neuen Einstellung, wobei sie auch auf ihre Verpflichtung gegenüber Polen hinweisen, verfehlen vollständig ihren Zweck... Die britische und französische Regierung wissen das, wollen aber trotzdem den Krieg nicht

beenden und sie suchen deshalb nach einer neuen Rechtfertigung für die Weiterführung des Krieges gegen Deutschland...“ Gleichsam zur Bekräftigung der Ausführungen Molotows über Polen, beschloß der Oberste Sowjet „den Anschluß der Westukraine an die Sowjetunion und ihre Vereinigung mit der ukrainischen Sowjetrepublik“ und verfügte „die Einziehung des Großgrundbesitzes und die Verstaatlichung der Banken und der Großindustrie.“ Premierminister Chamberlain quittierte die Erklärungen Molotows mit dem Hinweis auf die spontanen Kundgebungen der Zusammengehörigkeit und der Treue“ seitens der britischen Dominien, obwohl sie „niemand zu diesen Gelöbnissen aufgefordert“ habe.

In Berlin registrierte man diese ablehnende Haltung Londons mit Aufmerksamkeit und verlegte sich auf die Herstellung von Geheimkontakten zur französischen Regierung. Dabei setzte man auch auf den Einfluß der neutralen Staaten, welche sich durch die britische „Proklamation vom 4. September 1939 über die Konterbande“ in ihrem Außenhandel mit Deutschland herausgefordert fühlten und gegen diese erneute englische Seeblockade in London protestiert hatten. So waren am 18. und 19. September 1939 die skandinavischen Staaten Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland mit der Erklärung an die Öffentlichkeit getreten, „zur Sicherung ihres Erwerbslebens das Recht zur Aufrechterhaltung ihrer traditionellen Handelsbeziehungen zu allen Staaten, auch den kriegführenden, zu behaupten“ und hatte sich die Sowjetunion am 26. Oktober 1939 in einer Note an die britische Regierung gegen die Londoner „Proklamation über die Konterbande“ verwahrt. Die Verletzung des niederländischen und des belgischen Luftraums durch britische Kampfflugzeuge am 4. bzw. 9. September 1939 und die (wohl irtümliche) Bombardierung der dänischen Stadt Esbjerg am 5. September 1939 durch ein deutsches Flugzeug nahmen nach Meinung Berlins die betroffenen Staaten noch zusätzlich gegen Großbritannien ein und konnten für Deutschland Stimmung machen.

Generalfeldmarschall Hermann Göring, gemäß Hitlers Erklärung vom 1. September 1939 als Nachfolger des „Führers und Reichskanzlers“ vorgesehen, hielt nach diesen Vorkommnissen seine Stunde für gekommen, Friedensfühler nach Frankreich auszustrecken und für eine Beendigung des Kriegeszustandes zwischen dem Deutschen Reich und den beiden Westmächten zu werben. Dokumentiert fanden diese Göring'schen Fühlungen Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) in der Roosevelt-Forschungsstätte („Franklin D. Roosevelt-Library“) im

Hyde Park/New York unter den Telegrammen, welche der seinerzeitige US-Botschafter in Paris, William C. Bullitt, im Spätjahr 1939 an seinen Präsidenten kablete. Da meldete Roosevelts persönlicher Freund und außenpolitischer Chefberater unter dem Datum des 11. Dezember 1939 ins Weiße Haus von einem „diplomatischen Manöver“, das dem amtierenden französischen Ministerpräsidenten Daladier „große persönliche Befriedung verschafft“ habe, nämlich, „daß bis vor einer Woche die deutsche Regierung regelmäßig Emissäre mit Friedensvorschlägen geschickt habe“. Nach Daladiers Darstellung beinhaltet sie „eine absolute Vorherrschaft über Polen und die Tschechoslowakei“. Der französische Ministerpräsident sei jedoch nach eigenem Bekunden „völlig entschlossen“ gewesen, „keinen dieser Vorschläge anzunehmen“. Um die Deutschen jedoch von einem Angriff noch im Herbst 1939 abzuhalten, wollte er sie „glauben machen, daß er eventuell den einen oder anderen ihrer Vorschläge annehmen könnte“. Aus diesem Grunde habe er „alle diese Vorschläge in Erwägung gezogen und jeden einzelnen so viele Tage oder Wochen wie möglich geprüft, um danach immer wieder mit einigen Fragen zu antworten, die es ihm möglich machten, die Unterhaltung sich festfahren zu lassen“.

Daladier vertraute danach Bullitt an, von wem in Deutschland diese Friedensemissäre geschickt worden seien, so daß der amerikanische Botschafter seinem Präsidenten melden konnte: „The German proposals had all come from Goering“ („Die deutschen Vorschläge waren alle von Göring gekommen.“)

Die von Daladier aufgeworfene Frage, „welchen Beweis“ man habe, „daß Göring bereit“ sei, „Hitler hinauszuerwerfen“, war dann offensichtlich „schwer zu beantworten“, so daß sich der französische Ministerpräsident nach eigenem Bekunden nicht mehr in der Lage sah, „die Deutschen noch länger hinhalten zu können“.

Wie Bullitt seinem Chef ins Weiße Haus kablete, war Daladier mit sich und seinem Verhalten gegenüber den deutschen Friedensemissären ausgesprochen zufrieden, weil er erreicht habe, die Deutschen von einem Angriff noch im Herbst 1939 abgehalten zu haben „und weil er meinte, daß Frankreich und England im nächsten Frühjahr viel besser auf einen deutschen Angriff eingestellt sein würden.“

Als wahrscheinlichen Angriffstermin nannte Daladier in seinem Gespräch mit Bullitt den „März“ und gab sich „absolut überzeugt, daß er im nächsten Frühjahr über Holland und Belgien erfolgen werde.“

Eine Vermutung, die sich dann bekanntlich bewahrheitete und die das erwähnte Eindringen britischer Kampfflugzeuge in den holländischen und belgischen Luftraum

auch in einen bestimmten Zusammenhang bringen könnte, der in der verbreiteten Geschichtsdarstellung noch nicht eingehend gewürdigt worden ist.

Ebenso wie die tatsächliche Rolle Hermann Görings während jener Wochen und Monate noch nicht hinreichend ausgeleuchtet erscheint und auf eine unbefangene Würdigung wartet. Das über ihn in Nürnberg verhängte Todesurteil und die verbreitete Scheu deutscher Geschichtsschreiber, praktizierte Siegerjustiz in Frage zu stellen, standen einer solchen Untersuchung offensichtlich noch im Wege.

Dabei war der einstige hochdekorierte Fliegerhauptmann des Ersten Weltkrieges nicht nur seit Hitlers eigener Erklärung vom 1. September 1939 eindeutig die „Nummer Zwei“ in Deutschland und gesuchter Gesprächspartner ausländischer, in Sonderheit amerikanischer Besucher, sondern trat schon wenige Tage nach Daladiers Offenbarung erneut als Hintermann weiterer Friedensfühler in Erscheinung.

Dies bezeugt ein Telegramm, das die amerikanische Gesandte in Oslo, Francis Harriman, am 22. Dezember 1939 an das State Department kablete und gleichfalls von Mitarbeitern der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) in den „National Archives“ zu Washington aufgefunden wurde. Es gliedert sich in zwei Abschnitte und enthält insgesamt 7 Punkte.

Der erste Punkt stellt die Gewährleute für die nachfolgenden Nachrichten vor und nennt Professor Wilhelm Keilhau, einen „Berater des Nobel-Instituts“, der „kürzlich Tryggve Gran, einen weltbekannten norwegischen Flugzeugführer“ und „engen persönlichen Freund von Göring“ nach Berlin gesandt habe, „um über gegenwärtige Ansichten in deutschen Führungskreisen zu ermitteln.“

Dieser Tryggve Gran, der 1914 als erster die Nordsee überflog und im Ersten Weltkrieg als Offizier in der britischen Luftwaffe gedient hatte, war mit Hermann Göring zusammengetroffen und von diesem dann ins Auswärtige Amt in Berlin weiter empfohlen worden, um die deutschen Vorstellungen über eine baldige Beendigung des Kriegszustandes zwischen dem Reich und den beiden Westmächten kennenzulernen. Wörtlich im Punkt zwei:

„Gran kehrte gestern nach Oslo zurück, nachdem er eine persönliche Unterredung mit Göring hatte. Diesem Gespräch war eine Zusammenkunft im Auswärtigen Amt gefolgt, bei welcher er selbst, Gran und hohe Beamte des Auswärtigen Amtes zugegen waren.“ „Göring ließ durchblicken“, so Francis Harriman in ihrem Gesandtschaftstelegramm weiter, „da er kein Außenminister sei, könne er nicht voll verantwortlich auf alle Fragen Gran's eingehen, doch sei das, was das Außenministerium bei diesem Treffen herausgestellt habe, auch seine Meinung.“

Im dritten und vierten Punkt reportiert Francis Harriman die Erklärungen der deutschen Ministerialen über die Gründe Berlins, mit Moskau zusammenzugehen und einen Vertrag abzuschließen. Danach habe man in der deutschen Führung gemeint, „daß der Vertrag notwendig gewesen wäre.“

Im Verschweigen der deutschen Zusagen im sogenannten „Geheimen Zusatzprotokoll“ zum Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 hinsichtlich der den Sowjets zugestandenen Einfluß-Sphären im Baltikum, in Polen und in Rumänien, führten Grans deutsche Gesprächspartner bislang unerhörte Konzessionen Deutschlands an und erklärten laut Grans bzw. dem Harriman-Telegramm vom 22. Dezember 1939: „Um den Vertrag mit Rußland zu erreichen, war Deutschland gezwungen, Nichteingreifen im Falle eines russischen Angriffs auf Finnland und bei einem möglichen Angriff Rußlands auf Schweden und Norwegen zu versichern, sofern die beiden letztgenannten Länder den Krieg an Rußland erklärt hätten, um Finnland beizustehen.“

Zum eigentlichen Anliegen von Friedensgesprächen überleitend, bezeichneten die deutschen Ministeriumsvertreter „Finnland als verloren, sofern der Krieg im Westen weitergeht“, um gleich hinzuzufügen, daß dies „ein unglücklicher Umstand“ sei, „da das deutsche Volk und die Wehrmacht volle Sympathie für Finnland empfinden.“

In der Folge entwarfen Grans Gesprächspartner ein düsteres Bild von der weiteren Entwicklung in Skandinavien, an deren Ende die Einnahme von Narvik und Spitzbergen seitens der Sowjetunion liegen würde.

Diesem Ausgreifen Moskaus nach Nordskandinavien würde sich das Deutsche Reich entgegenstellen, „sofern der Friede (im Westen) erreicht werden könnte“, lockten die deutschen Gesprächspartner im Auswärtigen Amt. Wörtlich gaben sie Tryggve Gran mit auf den Weg:

„Sofern der Friede erreicht werden könnte, ist Deutschland willens, völlig mit Rußland zu brechen und sogar Finnland militärische Unterstützung zukommen zu lassen, sofern die Lage dieses zuläßt.“ Schließlich habe Stalin „so viele Maßnahmen ergriffen, mit denen Hitler nicht einverstanden ist, daß ein Weg zum ‚Casus belli‘ gefunden werden kann.“

Eine der „Maßnahmen, mit denen Hitler nicht einverstanden“ war, dürfte der sowjetische Einmarsch am 17. September 1939 in Ostpolen gewesen sein, mit dem man in Berlin nicht gerechnet hatte, da im „Geheimen Zusatzprotokoll“ zum Hitler-Stalin-Pakt nicht von Annexion, sondern lediglich von Einfluß-Sphären die Rede war. Der

deutsche Führer fühlte sich von seinem kurzfristigen sowjetischen Komplizen wenn nicht duiert, so doch auf alle Fälle vor eine vollendete Tatsache gestellt, eine Praxis, die er sich nur selber zugestand.

Eingerahmt in die finnische und die skandinavische Frage trugen die deutschen hohen Ministerialen dann im Sinne Hermann Görings die Berliner Vorstellung von einer Beendigung des Krieges vor und ließen wörtlich wissen:

„5. Deutschland ist willens, in Friedensverhandlungen einzutreten, sofern die Initiative grundsätzlich von den Vereinigten Staaten ausgeht oder, falls nicht, dann von Italien und sofern Britannien und Frankreich vorderhand keine Bedingungen stellen, wünscht Deutschland in Verhandlungen einzutreten, auf derselben Grundlage wie mit anderen Staaten“, um dann die deutschen Zugeständnisse aufzuführen (siehe Faksimile auf Seite 7).

Da verzichtete Berlin auf den förmlichen Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens und sogar auf eine Blockadeunterbrechung als Vorbedingung für Verhandlungen, ausgenommen der Korridor von Danzig.

Sogar die Tschechoslowakei würde wieder errichtet werden dürfen, freilich ohne die Rückkehr des emigrierten Staatspräsidenten Edvard Benes.

Mit Bezug auf die wiederholte Forderung der Westmächte nach Wiederherstellung des polnischen Staates – und vielleicht in Anspielung auf die von Lloyd George am 10./11. Oktober 1939 veröffentlichten Überlegungen – bekam Tryggve Gran noch im Auswärtigen Amt zu hören, daß der von Berlin angeregte Frieden „die einzige Möglichkeit für Großbritannien sein würde, Polen wiederherzustellen, ohne Krieg gegen eine deutsch-russische Allianz“ führen zu müssen.

Verhandlungsanregungen, die in den Augen des Nobel-Instituts-Beraters Keilhau verdienten, entsprechend ernst genommen zu werden, da nach dem Eindruck Tryggve Grans „Deutschland stark genug sei, während einer langen Zeit Widerstand zu leisten, so daß, falls jetzt der Friede zustande käme, der Welt unvorherzusehende Leiden erspart blieben.“

Aus diesem Grunde empfahl er, die Informationen aus Berlin einer „gewissenhaften, offiziellen amerikanischen Betrachtung“ zu unterziehen. Freilich sollte man sie „streng vertraulich“ behandeln, „da die Deutschen erklärt hätten, daß sie eine solche gegebene Information ableugnen würden, falls diese zur Veröffentlichung käme.“

Letzere Bedingung hat Washington bekanntlich erfüllt. Warum die Roosevelt-Administration aber auch den Appell nach Vermittlung einer Friedenskonferenz mit Stillschweigen übergang, wird noch Aufgabe weiterer Nachforschungen bleiben.